

Universitäts- und Landesbibliothek Bonn

1. Forschungsinstitute

Constituierendes bis 1 Okt. 1911

Brief an das Königliche Ministerium [des Kultus und öffentlichen
Unterrichts]

Lipsius, Justus Hermann

Schmarsow, August

Seeliger, Gerhard

Stieda, Wilhelm

Fischer, August

Brandenburg, Erich

Partsch, Joseph

Bethe, Erich

Birch-Hirschfeld, Adolf

Volkelt, Johannes

Studniczka, Franz

Köster, Albert

Zimmern, Heinrich

Steindorff, Georg

Wilcken, Ulrich

Heinze, Richard

[Leipzig], 12. Juni [1911]

urn:nbn:de:hbz:5:1-152130

12. Juni

45

Das Königliche Ministerium hat an den akademischen Senat eine von Seiner Magnificenz, dem derzeitigen Rector, verfasste Denkschrift über die Errichtung von Forschungsinstituten bei der Universität Leipzig gelangen lassen und seinerseits einige Grundgedanken hinzugefügt. Es hat den akademischen Senat zu einer gutachtlichen Aeusserung aufgefordert und gewünscht, dass diese nach Anhörung der in Betracht kommenden Facultäten erfolgen möge. Die philosophische Facultät, deren fundamentalste Interessen durch diese Pläne berührt werden, hat von dieser Denkschrift und dem Reskripte des Königlichen Ministeriums erst Kenntnis erhalten, als der entscheidende Beschluss des Senates unmittelbar bevorstand. Es ist daher der Facultät nicht möglich gewesen, den ganzen Plan mit einer seiner Wichtigkeit entsprechenden Gründlichkeit zu prüfen und zu den einzelnen damit in Verbindung stehenden Fragen Stellung zu nehmen, zumal da der weitaus grössten Zahl von Facultätsmitgliedern die ganze Angelegenheit bis dahin völlig unbekannt war. In der Facultätssitzung sind von verschiedenen Seiten Bedenken gegen den gesamten Plan erhoben worden, besonders auch von Vertretern der Naturwissenschaften. Da es sich indessen um einen Plan handelt, der lediglich die Pflege der sogenannten Geisteswissenschaften an unserer Universität angeht, so haben sich aus dem Kreise derjenigen ordentlichen Professoren, die den Plan Seiner Magnificenz nicht billigen, nur diejenigen Mitglieder, die zugleich Directoren selbständiger Institute auf dem Gebiete der Geisteswissenschaften sind, und von denen einige zur Direction der geplanten Forschungsinstitute mit in Aussicht genommen waren, zu dieser Eingabe vereinigt. Ihre Absicht ist, im Interesse der ihrer Leitung anvertrauten Institute die erheblichen Bedenken, die sie gegen die Verwirklichung dieses Planes in seiner bisherigen Gestalt haben, dem Königlichen Ministerium darzulegen....

I.

Nach den Angaben der Denkschrift ist durch private Sammlungen eine Summe von etwa 500,000 Mk. aufgebracht worden, welche den Grundstock für die Errichtung der neuen Institute bilden soll. Wenn es sich nur um diese Summe handelte, deren Verwendung natürlich ganz vom Willen der Stifter abhängt, so würden wir keinen Anlass haben, uns über die Sache zu äussern, zumal da wir von den Bedingungen, unter denen die einzelnen Summen bezeichnet sind, keine genaue Kenntnis haben. Es geht aber aus der Denkschrift hervor, dass zur Förderung des den Stiftern vorschwebenden Zweckes auch Staats-



mittel in Anspruch genommen werden sollen, und zwar in einem Betrage, dessen jährliche Höhe die zu erwartenden Zinsen des gestifteten Kapitals um das 2½fache übersteigt. Bevor diese bewilligt werden, dürfte eine sachliche Prüfung des von den privaten Stiftern ins Auge gefassten Zweckes unerlässlich sein. Den unmöglich kann sich der Staat von einigen Privatleuten, auch wenn sie erhebliche pekuniäre Mittel zur Verfügung stellen, die Verwendung des von seinen Steuerzahlern aufzubringenden Geldes vorschreiben lassen. Und darüber, ob dies der Fall sei, glauben wir uns zu einer Äusserung berechtigt, und verpflichtet, da erhebliche Interessen der gesamten Universität nicht nur, sondern auch unserer Universität-Institute auf dem Spiele stehen.

II.

1. Der ganze Plan ist in der erwähnten Denkschrift hauptsächlich damit begründet worden, dass durch die Errichtung der neuen wissenschaftlichen Forschungsinstitute in Preussen die Universität Leipzig in die Gefahr gerate, von den preussischen Universitäten und namentlich von Berlin überflügelt zu werden. Diese Befürchtung muss als gänzlich unbegründet bezeichnet werden. Die in Preussen zu errichtenden Forschungsinstitute sind von den Universitäten vollständig getrennt und sollen in keiner Weise den Bedürfnissen des akademischen Unterrichts, sondern lediglich der selbständigen wissenschaftlichen Arbeit solcher Gelehrter dienen, die ihre Studien bereits vollendet und ihre Ausbildung abgeschlossen haben. Das Fehlen solcher Institute kann daher auf den Besuch einer Universität oder auf die Erfüllung ihrer Unterrichtsaufgaben nicht den geringsten Einfluss haben.
2. Die Institute, welche in der Denkschrift, die inzwischen von der Mehrheit des Senats indirect gutgeheissen worden ist, für Leipzig vorgeschlagen werden, sind etwas ganz anderes wie die Forschungsinstitute Preussens. Es sollen keine selbständigen Anstalten sein, an deren Spitze von der Unterrichtstätigkeit gänzlich entlastete Gelehrte stehen, sondern es sollen 5 (später eventuell 10) der bereits an unserer Universität bestehenden geisteswissenschaftlichen Institute oder Sammlungen durch Angliederung besonderer Forschungsabteilungen erweitert werden, und diese letzteren sollen dann den Namen „Forschungsinstitute“ tragen. Ihre Leiter sollen durchweg akademische Lehrer der Universität sein. Es erscheint uns jedoch nicht angemessen, die Bezeichnung „Forschungsinstitute“, die nun einmal eine ganz bestimmte Bedeutung gewonnen hat, auf ganz anders geartete Einrichtungen anzuwenden.
3. Die Frage, wie diese neuen Institute oder Abteilungen sich in die bisherige Organisation einfügen sollen, entbehrt bisher jeder klaren Beantwortung. Die bisherigen Andeutungen erregen jedoch - abgesehen von der bereits im Rescript des Königlichen Ministeriums hervorgehobenen starken Belastung mit neuer Verwaltungsarbeit - die Befürchtung, dass einzelne Institutsdirectoren eine mit der Verwaltung



gen Gleichberechtigung aller nicht verträglichen Vorzugsstellung erhalten würden. Indessen wollen wir alle die Organisation betreffenden Bedenken hier zurückstellen, bis genauere Angaben vorliegen.

4. Die Ausgestaltung dieser Institute würde notwendigerweise auch eine erhebliche Erweiterung ihrer Räume zur Folge haben müssen, damit die Bibliotheken sinngemäss aufgestellt und die für die Forschungsabteilungen bestimmten besonderen Arbeitsräume gewonnen werden könnten. Es ist nicht anzunehmen, dass diese Erweiterungen aus den bisher gestifteten und den für jetzt von Staate geforderten Geldmitteln bestritten werden sollen, vielmehr lässt sich erwarten, dass, wenn die ganze Einrichtung einmal ins Leben gerufen worden ist, nachträglich weitere Forderungen in der bezeichneten Richtung auftauchen werden. Da der in Betracht kommende Raum in der Nähe des Universitätsgebäudes nicht unbeschränkt ist, so würden solche Erweiterungsbauten sich schwerlich ohne Beeinträchtigung der Interessen der übrigen Institute und des für Lehrzwecke erforderlichen Raumes herstellen lassen. Ueberhaupt erscheint es uns nicht angemessen, derartige ganz neue Einrichtungen ins Leben zu rufen, bevor die bestehenden Institute soweit ausgebaut sind, dass sie den Zwecken des akademischen Unterrichts vollständig genügen.

5. Weit wichtiger als alle diese Bedenken und entscheidend für unsere Stellungnahme zu dem ganzen Plan ist jedoch die Frage, aus welchem Grunde aus der Zahl der bestehenden Institute gerade die vorgeschlagenen fünf für die Erweiterung in Aussicht genommen sind. Nach der Denkschrift sollen die Forschungsabteilungen vor allen Dingen der vergleichenden Forschung dienen, und es würde also in dem vorwiegend vergleichenden Charakter der betreffenden Wissenschaften der sachliche Grund für die Auswahl zu erblicken sein. Nun ist aber die Vergleichung ein Hilfsmittel, dessen sich alle Wissenschaften seit lange bedienen und kann in keiner Weise als unterscheidendes Merkmal für die Bevorzugung einzelner Forschungszweige dienen. Es wird durch die getroffene Auswahl geradezu der Anschein erweckt, als seien diejenigen Wissenschaften, in welchen von vergleichenden Methoden ein besonders starker Gebrauch gemacht wird, höher zu bewerten als die übrigen. Wenn die Königliche Staatsregierung auf diesen Plan eingehen würde, so würde sie den Anschein erwecken, dass auch sie einen solchen Wertungsunterschied mache. Das würde der gesamten Universität den Stempel einer bestimmten wissenschaftlichen Richtung aufprägen, welche von vielen Mitgliedern des Lehrkörpers nicht geteilt wird, und in der gelehrten Welt vielfachem Widerspruch begegnet ist; es würde unsere Universität in den Ruf der Einseitigkeit bringen, und bei etwa entstehenden Vakanzen die Berufung tüchtiger Lehrkräfte, welche sich mit dieser Richtung nicht in Uebereinstimmung befinden, erschweren. Lage demnach schon in der ~~ANNA~~ Billigung der Auswahl dieser Institute eine zweifelloso Benachteiligung der übrigen, so würde die reiche Ausstat-



tung der neuen Abteilungen mit je 14,090 Mk. Jährlich, wie sie bisher kein geisteswissenschaftliches Institut auch nur annähernd zur Verfügung hatte, in der selben Richtung wirken. Die so bevorzugten Institute würden die Möglichkeit haben, durch Anstellung von Hilfskräften ihren Unterricht intensiver zu gestalten als die übrigen und durch die Gewährung von Zuwendungen an die aus ihnen hervorgehenden gelehrten gerade solche Kräfte an sich zu ziehen, die sich nach Vollendung ihrer Studien auch weiterhin wissenschaftlicher Arbeit widmen wollen. Es bedarf keiner Ausführung, dass diejenigen Institute, welche nicht das Gleiche zu bieten hätten, darunter leiden müssten. Es liegt aber für den Staat zu einer derartigen Bevorzugung einzelner Institute, die zweifellos eine Ungerechtigkeit gegen die übrigen bedeutet, kein Anlass vor. Das alles ist umso bedenklicher, als die Bezeichnung „Forschungsinstitut“ vor der Öffentlichkeit den Anschein erwecken muss, als seien diese Institute etwas ganz Besonderes und Neues und ein Gegenstück zu den von ihnen durchaus verschiedenen naturwissenschaftlichen Forschungsinstituten Preussens. Da ein Widerspruch hiergegen kaum ausbleiben wird, ist zu befürchten, dass sich unerfreuliche öffentliche Erörterungen an die Angelegenheit knüpfen könnten.

Die nicht mit Forschungsabteilungen ausgestatteten Institute würden auch insofern benachteiligt sein, als es für sie in Zukunft schwer sein würde, für ihre Bedürfnisse, die in stetem Wachsen begriffen sind, die nötigen Geldmittel vom Staate zu erhalten. Es würden ihren Wünschen stets entgegengehalten werden können, dass grössere Mittel nicht verfügbar seien, nachdem eben erst eine so erhebliche Steigerung der jährlichen Ausgaben für die geisteswissenschaftlichen Institute stattgefunden habe. Andererseits lässt sich mit Sicherheit erwarten, dass bei Neuverufung von Lehrkräften jeder, der die Direction eines der benachteiligten Institute übernehmen soll, für dieses die gleiche Ausstattung verlangen würde, wie sie die besser gestellten Institute besitzen. Das würde wiederum die Berufung tüchtiger Lehrkräfte ausserordentlich erschweren.

III.

Auch wir halten es für dringend wünschenswert, dass in den nächstjährigen Etat zur Förderung der geisteswissenschaftlichen Studien die in Aussicht genommene Summe von 50,000 Mk. neu eingestellt werde. Diese dürfte aber nicht in der vorgeschlagenen Weise an fünf willkürlich herausgegriffene Institute verteilt, sondern könnte etwa in folgender Weise verwendet werden:

- 1) Zur Erweiterung derjenigen Institutsbibliotheken, welche bisher ungenügend dotiert waren, und der Sammlung von Lehrmitteln.
- 2) Zur Anstellung von Hilfskräften an denjenigen Instituten, deren Besuchszahl einen intensiven Betrieb des Seminarunterrichts durch die vorhandenen Lehrkräfte nicht mehr gestattet.
- 3) Zur Gewährung von Reisestipendien und Druckzuschüssen an selbständig arbeitende Gelehrte, welche ihre Ausbildung bereits beendet haben.



Während die Mittel für die zwei zuerst genannten Zwecke den einzelnen Instituten gemäss deren Bedürfnissen zu überweisen wären, würde die Verteilung der Stipendien und sonstigen Zuwendungen an zweckmässigsten einer von den einzelnen Instituten unabhängigen Instanz, und zwar am besten der Königl. Sachs. Gesellschaft der Wissenschaften, zu übertragen sein, wie das Königl. Ministerium bereits seinerseits in seinem Schreiben an den Senat angeregt hat. Auch andere Akademien, namentlich diejenigen in Berlin und München, haben grosse Organisationen unter sich, auf die das Wort „Forschungsinstitute“ mit weit grösserem Rechte angewendet werden kann, als auf die jetzt für Leipzig geplanten Einrichtungen. Es braucht nur an die Monumenta Germaniae Historica oder die Deutsche Commission in Berlin erinnert zu werden. Die Gesellschaft der Wissenschaften, die bisher, wesentlich infolge der Beschränktheit ihrer finanziellen Mittel, in ihren wissenschaftlichen Leistungen den Vergleich mit den grossen Akademien von Berlin und München nicht aushalten konnte, würde dadurch einen ganz erheblich erweiterten Wirkungskreis erhalten und zur Lösung grösserer wissenschaftlicher Aufgaben in den Stand gesetzt werden. Es würde so den Königl. Sachsen im Kreise der gelehrten Gesellschaften eine ebenbürtige Vertretung gesichert werden, auf die es nach der Zahl und Bedeutung der an seiner Universität wirkenden Forscher wohl Anspruch erheben darf.

Wir haben es für unsere Pflicht gehalten, dem Kgl. Ministerium unsere Bedenken gegen die geplante Verwendung staatlicher Mittel, die unseres Erachtens von der Verwendung der aus privaten Mitteln gestifteten Summen ganz unabhängig ist und bleiben muss, in Vorstehenden zum Ausdruck zu bringen. Durch Schweigen im jetzigen Augenblicke, wo noch nichts endgültig entschieden ist, würden wir uns später, wenn Schwierigkeit und Unannehmlichkeiten entstehen sollten, den berechtigten Vorwürfe aussetzen, die Königliche Staatsregierung nicht rechtzeitig auf die Folgen aufmerksam, gemacht zu haben.

Lipsius,	Birch-Hirschfeld
Schmarsow	Volkelt
Seeliger	Studniczka
Stieda	Köster
Fischer	Zimmern
Brandenburg	Steindorff
Partsch	Wilcken
Bethe	Heinze

